

**Stadt Bergisch Gladbach  
Der Bürgermeister**

Ausschussbetreuender Fachbereich <b>Frauenbüro/Gleichstellungsstelle</b>	Datum 28.11.2007
	Schriftführerin Gitta Schablack
	Telefon-Nr. <b>02202/142647</b>
<b>Niederschrift</b>	
<b>Ausschuss für die Gleichstellung von Frau und Mann</b>	<b>Sitzung am Dienstag, 13. November 2007</b>
Sitzungsort  Rathaus Bensberg, Sitzungszimmer 111, Wilhelm-Wagener-Platz, 51429 Bergisch Gladbach	Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)  17:03 Uhr - 18:25 Uhr
	Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)
<b>Sitzungsteilnehmer</b> Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis	
<b>Tagesordnung</b>	

**A Öffentlicher Teil**

- 1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und der Beschlussfähigkeit**
  
- 1. Verpflichtung einer sachkundigen Bürgerin**  
*587/2007*
  
- 2. Genehmigung der Niederschrift - öffentlicher Teil -**
  
- 3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse des Ausschusses für die Gleichstellung von Frau und Mann aus der Sitzung vom 28.08.2007**  
*570/2007*
  
- 4. Mitteilungen der Vorsitzenden**
  
- 5. Mitteilungen des Bürgermeisters**

6. **Änderung der Richtlinien zur Förderung der Kindertagespflege  
Änderung der Geldleistungen an die mTagespflegepersonen**  
*524/2007*
7. **Kinder- und Jugendförderplan - 1. Lesung**  
*394/2007*
8. **Haushalt des Frauenbüros 2008**  
*586/2007*
9. **Frauenpolitische Informationen**  
*571/2007*
10. **Anfragen der Ausschussmitglieder**

---

**B Nichtöffentlicher Teil**

1. **Genehmigung der Niederschrift - nichtöffentlicher Teil -**
2. **Mitteilungen der Vorsitzenden**
3. **Mitteilungen des Bürgermeisters**
4. **Anfragen der Ausschussmitglieder**

## Protokollierung

### A Öffentlicher Teil

#### 1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und der Beschlussfähigkeit

@->

Die Vorsitzende eröffnet die Sitzung des Ausschusses für die Gleichstellung von Frau und Mann um 17.03 Uhr und begrüßt die Ausschussmitglieder und Gäste. Sie stellt die ordnungsgemäße Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

<-@

#### 1 Verpflichtung einer sachkundigen Bürgerin

@->

Frau Schundau von der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, die zum ersten Mal an der Sitzung des Ausschusses für die Gleichstellung von Frau und Mann teilnimmt, wird wie folgt verpflichtet:

Alle Anwesenden erheben sich von den Plätzen. Die Vorsitzende verpflichtet das dies annehmende Ausschussmitglied in feierlicher Form zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung seiner Aufgaben im Ausschuss für die Gleichstellung von Frau und Mann mit folgendem Text:

*Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrnehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohle der Stadt Bergisch Gladbach erfüllen werde.*

Die in der Sitzung gefertigte Niederschrift über die Verpflichtung ist als *Anlage* beigelegt.

Die Vorsitzende heißt Frau Schundau herzlich willkommen im Ausschuss für die Gleichstellung von Frau und Mann.

<-@

#### 2 Genehmigung der Niederschrift - öffentlicher Teil -

@->

Die Niederschrift wird in der vorliegenden Form, bei einer Enthaltung durch Herrn Schütz, der stellvertretend für Frau Poljak von der Kidinitiative an der Sitzung teilnimmt, genehmigt.

<-@

### 3 **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse des Ausschusses für die Gleichstellung von Frau und Mann aus der Sitzung vom 28.08.2007**

@->

Die Vorsitzende bezieht sich auf das der Vorlage beigefügte Schreiben des Fachbereichs 3 vom 2.10.2007, in dem die vom Ausschuss angefragte Rechtsauffassung zur Frage der Kostenübernahme von Empfängnisverhütungsmitteln für hilfebedürftige Personen nach § 49 SGB XII mitgeteilt wird. Die Vorsitzende regt an, dass entsprechend ihrer eigenen Absicht auch die anderen Fraktionen die Thematik zur Behandlung an die Kreisfraktionen weitergeben.

<-@

### 4 **Mitteilungen der Vorsitzenden**

@->

Die Vorsitzende lädt alle Anwesenden im Anschluss an diese letzte Sitzung in 2007 zu einem Umtrunk ein. Zum Ende des Sitzungsjahres bedauert die Vorsitzende, dass ein Besuch mit frauenpolitischem Hintergrund in Düsseldorf bzw. in Berlin bislang nicht möglich war und regt an, dieses Ziel auch zukünftig weiter zu verfolgen.

<-@

### 5 **Mitteilungen des Bürgermeisters**

@->

Es gibt keine Mitteilungen des Bürgermeisters.

<-@

### 6 **Änderung der Richtlinien zur Förderung der Kindertagespflege** **Änderung der Geldleistungen an die mTagespflegepersonen**

@->

Frau Schneider begrüßt Frau Bogdal-Klumpe, die zunächst grundsätzlich darauf hinweist, dass die neue steuerrechtliche Behandlung des Kindertagespflegeentgeltes positiv zu bewerten sei, weil sie die bisher ehrenamtliche Tätigkeit der Tagesmütter nun in den Bereich der Erwerbstätigkeit rücke. Der derzeitige durchschnittliche Stundenlohn einer Tagesmutter in NRW liege lediglich bei 2,24 Euro. Da die zum 01.01.2008 angekündigte steuerrechtliche Änderung mit Folgen im Bezug auf die Sozialversicherung, Rentenversicherung, Krankenversicherung usw. verbunden ist, habe die Stadtverwaltung sich mit der Vorlage um eine vorläufige Regelung bemüht, im Falle des Inkrafttretens zum 01.01.2008 das Notwendigste finanziell abzufedern, damit überhaupt noch eine Motivation zur Arbeit in der Kindertagespflege bestehe. Zurzeit gebe es NRW-weit noch keine einheitliche Regelung hinsichtlich der Bezahlung der Tagesmütter, auch die Krankenkassenverbände hätten noch keine einheitliche Regelung getroffen.

Unter dem Gesichtspunkt, dass ein angemessener Stundenlohn für die Tagesmütter dringend erforderlich sei, begrüßt Frau Schöttler-Fuchs für die SPD-Fraktion den

Inhalt der Vorlage als einen Schritt in die richtige Richtung. Frau Vollmer fragt aufgrund wiederkehrender Nachfragen aus ihrer Fraktion, warum diese und andere thematisch in den Bereich des JHA fallende Vorlagen vorab im AGFM behandelt werden. Frau Fahner erläutert zum wiederholten Mal das grundsätzliche Vorgehen, dass alle Vorlagen der Verwaltung von besonderer gleichstellungspolitischer Relevanz auf die Tagesordnung des AGFM gesetzt werden. Die diskutierte Vorlage sei deshalb von besonderer gleichstellungspolitischer Relevanz, weil es sich vorliegend ausschließlich um Arbeitsverhältnisse von Frauen handele.

Der Schütz fragt an, ob der Begriff Tagesmütter in Tagespflegepersonen umgeändert werden könne, damit auch Tagesväter sprachlich erfasst seien. Herr Kraus schließt sich dem Änderungsvorschlag an. Dies findet die Zustimmung der Vorsitzenden und von Frau Bogdal-Klumpe, die abschließend informatorisch darauf hinweist, dass es in Bergisch Gladbach seit 10 Jahren ausschließlich Tagesmütter gebe.

Frau Lehnert nimmt für die CDU-Fraktion die Vorlage grundsätzlich zustimmend zur Kenntnis, allerdings mit einem Unbehagen aufgrund der Tatsache, dass hier nahezu ausschließlich Frauen auf dem Niedrigstlohnsektor beschäftigt werden. Sie drückt die Hoffnung aus, dass die Lohnsituation in der nächsten Zukunft verbessert werden kann.

Frau Scheerer fragt an, warum der in der Vorlage erwähnte jährliche Landeszuschuss pro Kindertagespflege in Höhe von 725 € noch nicht in die Finanzierung eingerechnet wurde.

Die Mitglieder des Ausschusses beschließen nach eingehender Beratung der Genderrelevanz einstimmig, bei einer Enthaltung aus der F.D.P.-Fraktion, folgende **Empfehlung** für den Jugendhilfeausschuss:

**Hinsichtlich des Genderaspekts empfiehlt der Ausschuss für die Gleichstellung von Frau und Mann, entsprechend dem Verwaltungsvorschlag zu beschließen.**

<-@

@->

<-@

## 7 Kinder- und Jugendförderplan - 1. Lesung

@->

Die Vorsitzende begrüßt Frau Liebmann zu diesem Tagesordnungspunkt. Frau Liebmann bedankt sich für die Einladung und informiert über ihre Zuständigkeit für die Teilbereiche offene Jugendarbeit und verbandliche Jugendarbeit des Kinder- und Jugendförderplanes.

Sie berichtet vorab über die Vorgabe des Landes, anhand eines Kinder- und Jugendförderplanes unter anderem die Verwendung der Landesmittel darzustellen.

In Teilbereichen sei der Plan gemeinsam mit den Kommunen Overath, Leichlingen, Rösrath und dem RBK erstellt worden, weil hier eine Kooperation und auch gemeinsame Finanzierung im Sinne einer guten Angebotsstruktur stattfinde. Gegenüber der entsprechend langen Vorlaufzeit habe der Plan an sich lediglich eine Laufzeit bis einschließlich 2009. Danach solle der Plan fortgeschrieben werden.

Frau Liebmann nennt und erläutert die vier unterschiedlichen Teilbereiche offene Jugendarbeit, verbandliche Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit und erzieherischer Kinder- und Jugendschutz. Aufgrund der angespannten Haushaltssituation seien die Möglichkeiten natürlich begrenzt. Hinsichtlich des für diesen Ausschuss maßgeblich Gendergedankens, der im Plan grundsätzlich erfasst sei, sei versucht worden, die

vorhandenen Daten im Plan transparent darzustellen. Hinsichtlich noch fehlender Daten müsse daran gearbeitet werden, auf welchem Weg diese zielgerichtet erhoben werden könnten. So seien im Bereich der verbandlichen Jugendarbeit oft 16-jährige ehrenamtliche Gruppenleiter und -leiterinnen zuständig, eine detaillierte Datenabfrage sei neben den vielfachen anderen Aufgaben möglicherweise eine zusätzliche Belastung. Sozialwissenschaftlich fundierte Ergebnisse seien insofern nicht zu erwarten. Bei den Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit seien im Rahmen der Mittelsteuerung direkte Gespräche und entsprechend konkrete Daten üblich. Frau Schu weist in diesem Zusammenhang auf die hohe Fluktuation bei der Teilnahme an Jugendverbandsangeboten und die damit verbundene Schwierigkeit der Datenerhebung hin.

Frau Lehnert bedankt sich für die umfangreich geleistete Arbeit. Bezüglich des Gendergedankens sei es wünschenswert, die Wahrnehmung aller Angebote geschlechtsspezifisch zu erfassen. Frau Schöttler-Fuchs schließt sich dem an und schlägt zusätzlich vor, auch im Bereich Förderung die Differenzierung durchgehend schriftlich sichtbar zu machen, um eine bessere Wahrnehmung zu ermöglichen. Frau Liebmann prognostiziert, dass diese Ziele spätestens ab 2009 umsetzbar sein dürften. In diesem Zusammenhang weist sie darauf hin, dass es auch sinnvoll sei, Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund zu erfassen. Die Vorsitzende legt Wert auf eine durchgängige Differenzierung in allen genannten Bereichen, in allen Altersgruppen. Frau Fahner sieht dieses Vorgehen im Sinne einer bedarfsgerechten Planung und Unterstützung auch als erforderlich an und betont die Notwendigkeit, Kinder mit Migrationshintergrund ebenfalls differenziert zu erfassen, wie bereits in Telefonaten mit dem Fachbereich 5 angeregt.

Herr Schütz nimmt Bezug auf Punkt 4 „Finanzplanung in den vier Arbeitsfeldern“ der Beschlussvorlage und fragt an, ob der für die verbandliche Jugendarbeit jährlich gleich bleibende Ansatz in Höhe von 57.500,00 € gewollt sei, da dies vom Ansatz für die drei anderen Arbeitsfelder abweiche und angesichts der anzunehmenden Inflation zu einer Benachteiligung für die Jugendverbandsarbeit führe. Die Vorsitzende verneint die Zuständigkeit des AGFM für dieses nicht genderrelevante Thema. Frau Scheerer regt die Weiterleitung an den Jugendhilfeausschuss an.

Frau Lehnert merkt an, dass auch in der kommenden Jugendbefragung die Abfrage des Geschlechts der antwortenden Jugendlichen sinnvoll sei.

Mit dem Ziel, eine bedarfsgerechte Angebotsstruktur ermöglichen zu können, empfiehlt der Ausschuss für die Gleichstellung von Frau und Mann dem Jugendhilfeausschuss nach eingehender Beratung der Genderrelevanz einstimmig folgende **Beschlussfassung**:

**Zukünftig soll die Datenerhebung geschlechtsspezifisch erfolgen. Weiterhin sollen Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund bei der Datenerhebung berücksichtigt werden.**

<-@

@->

<-@

## 8 Haushalt des Frauenbüros 2008

@->

Die Vorsitzende begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Frau Kauschka und Frau Gernand als Gäste, die ganz gravierend an dem neuen NKF-Haushalt mitgearbeitet haben.

Frau Lehnert bittet für die CDU darum, das in der Vorlage genannte 3. Ziel "frauenpolitisch aktive Stellen in Bergisch Gladbach werden durch Vernetzung unterstützt, entwickelt und begleitet" umzuformulieren, weil „frauenpolitisch aktive Stellen“ nach ihrer Auffassung zu weit gefasst und in dieser Form nicht ganz klar sei. Frau Fahner sagt diese Vorlage betreffend eine andere Formulierung zu. *(Anlage 1)*

Frau Lehnert bittet auch um Klärung der Frage, wie sich der in Vorlage genannte Gesamtbetrag in Höhe von 132.034,00 € im Einzelnen zusammensetze. Nach Abzug der Personalkosten und der Öffentlichkeitsarbeit verbleibe noch eine zu klärende Differenz. Frau Fahner erläutert, dass es sich dabei z.B. um Sach- oder auch Mietkosten handele, die im Einzelnen aus dem Teilergebnisplan ersichtlich seien, der auf Wunsch der Ausschussmitglieder der Niederschrift beigefügt werden könne *(Anlage 2)*.

Frau Lehnert bittet die Verwaltung um Prüfung der Stellen des Frauenbüros im NKF-Haushaltsplan 2008, in dem 2 Stellen für das Frauenbüro aufgelistet werden. Nach Darstellung in der Vorlage seien es aber nur 1  $\frac{3}{4}$  Stellen. Frau Fahner sagt eine Klärung des Sachverhaltes zu.

Frau Schöttler-Fuchs regt angesichts der im Vorjahr angesetzten 15.000,00 € Öffentlichkeitsarbeit für das Frauenbüro eine Erhöhung der für 2008 angesetzten 4.929,00 € an. Auf Nachfrage von Herrn Kraus führt Frau Fahner aus, dass die Mittel im vergangenen Jahr verbraucht wurden.

Herr Schütz moniert, dass das Kästchen „Finanzielle Auswirkungen“ in der Beschlussvorlage nicht ausgefüllt sei. Dies sei doch angesichts der Haushaltsrelevanz und nach dem Grundsatzbeschluss zwingend erforderlich. Die Vorsitzende sieht dieses Erfordernis deshalb nicht, weil der Betrag Bestandteil des Gesamthaushalts sei, der im Rat verabschiedet werde. Die wichtigen Daten seien zudem aus dem Vorlagentext ersichtlich. Frau Fahner führt dazu aus, das Kästchen sei hier bewusst herausgenommen worden, weil Gegenstand der Vorlage ein Teilbereich des NKF-Haushaltes 2008 ist. Frau Lehnert sieht hier eine Haushaltsrelevanz und unterstützt die Aussage von Herrn Schütz. Herr Schütz bittet darum, die Formulierung, die Verwaltung habe den Kasten bewusst herausgenommen, im Protokoll niederzulegen. Er habe diese Aussage zum ersten Mal in dieser Deutlichkeit gehört.

Der Auffassung von Frau Schöttler-Fuchs, die Mittel für die Öffentlichkeitsarbeit zu erhöhen, widerspreche er angesichts der Haushaltssituation. Frau Fahner verneint seine Frage nach Nutzung von Sponsoring, die Kosten seien bislang durch Koproduktionen mit anderen Gleichstellungsstellen minimiert worden. Angesichts der zusätzlich zur Öffentlichkeitsarbeit abzudeckenden Maßnahmen, wie solche zur Ermöglichung des beruflichen Wiedereinstiegs von Frauen, die in den Grenzbereich von Hartz IV kommen, oder Maßnahmen für Jungunternehmerinnen wiederholt Frau Schöttler-Fuchs ihr Anregung, den Etat des Frauenbüros auf 15.000,00 Euro zu erhöhen. Frau Holtzmann bittet als Entscheidungshilfe um Angabe der Gesamtausgaben des Frauenbüros in 2006 und 2007. Frau Lehnert möchte darin auch die Ausgaben der Regionalstelle im Jahr 2006 erfasst haben. In Abstimmung mit den Ausschussmitgliedern sagt Frau Fahner zu, die Aufstellung der Niederschrift beizufügen. *(Anlage 3)*

Herr Kraus bittet darum, einen von ihm schon früher angefragten Boys' Day, möglicherweise als vierte Veranstaltung des Frauenbüros in 2008, durchzuführen. Frau Fahner berichtet, dass der Fachbereich 5 nach ihrer Erinnerung die Anfrage dahingehend beantwortet habe, dass das Anliegen begrüßt werde, aufgrund fehlender Personalkapazitäten aber nicht umgesetzt werden könne. Frau Fahner führt weiter aus, dass es bei allem Verständnis für das Anliegen in Anlehnung an die zitierten Vorgaben des Landesgleichstellungsgesetzes nicht Aufgabe des Frauenbüros sei,

einen Boys' Day durchzuführen. Frau Schöttler-Fuchs wiederholt ihre in einer früheren Sitzung gegebene Anregung, eine entsprechende Anfrage an den Arbeitskreis „Jungenarbeit“ im Rheinisch-Bergischen Kreis zu richten. In diesem Zusammenhang berichtet Frau Scheerer, dass der jährliche Girls' Day eine landesweite Aktion sei; das dazu herausgegebene Curriculum sehe regelmäßig auch ein Programm für Jungen vor. Es hänge von den Schulen, Kindergärten und Kindertagesstätten ab, inwieweit dieses auch durchgeführt werde.

Die Ausschussmitglieder nehmen den Inhalt der Vorlage lediglich zur Kenntnis und erwarten die angekündigten ergänzenden Ausführungen zu oben dargelegten Fragen.

<-@

@->

<-@

## 9 Frauenpolitische Informationen

@->

Die Ausschussmitglieder nehmen die Vorlage zur Kenntnis. Die Vorsitzende bedankt sich beim Frauenbüro für die Zusammenstellung der frauenpolitischen Artikel.

<-@

## 10 Anfragen der Ausschussmitglieder

@->

Frau Lehnert bittet darum, die Einladung zwecks besserer Übersicht vollständig, d.h. inklusive der jeweiligen Anlagen, durchzunummerieren.

Herr Kraus bezieht sich auf eine frühere Anfrage aus dem Jahr 2005. Er stellt folgende **Anfrage** an die Stadtverwaltung:

**Welche Kontakte konnten zu der islamischen Gemeinde aufgenommen werden mit dem Ziel, Kenntnis darüber zu erlangen, welche Inhalte den Kindern und Frauen in der dortigen Moschee vermittelt werden.**

<-@

Die Vorsitzende schließt den öffentlichen Teil der Sitzung und stellt die Nichtöffentlichkeit her.

---

Vorsitzende

---

Schriftführerin